

Der Sozialdemokratische Pressedienst

Hannover, den 22.12.48

Prof. Schmidt: antwortet Adenauer

Zu den Erklärungen Dr. Adenauers vor der Presse am 18. Dezember 1948 gibt Prof. Schmidt folgende Stellungnahme ab:

Es ist richtig, dass nach dem Bericht Dr. Adenauers über seine Besprechung mit General Robertson im Ältestenrat und im interfraktionellen Ausschuss zu wiederholten Malen über die Opportunität einer Zusammenkunft von Beauftragten des Parlamentarischen Rates mit den Militärgouverneuren gesprochen worden ist. Die Vertreter der SPD haben jedoch nie einen Zweifel daran gelassen, dass sie es für völlig abwegig hielten, zu fragen, wie sich die Gouverneure über die allgemeinen Betriebsbestimmungen des Dokumentes N. 1 und die sehr deutungsfähigen Erläuterungen des bekannten Memorandums hinaus etwa die Gestaltung des Finanzwesens oder der Kompetenzen des Bundesrats dächten. Es herrschte völlig bereinstimmung darüber, dass präzise Antworten der Generale auf Fragen dieser Art Entscheidungen gleichbedeutend mit der Möglichkeit, selbständiger Stellungnahmen entheben würden. Selbstverständlich hat niemand daran gedacht für den Fall, dass die Militärgouverneure von sich aus den Wunsch haben sollten, den Parlamentarischen Rat um Erläuterung seiner bisher gefassten Beschlüsse zu bitten, ihnen dieses zu verweigern. Es herrschte aber Einmütigkeit darüber, dass in einem solchen Fall nur der in den Beschlüssen zum Ausdruck gekommene Standpunkt vertreten werden könne.

Mitte November wurde auf Anregung Dr. Adenauers im Ältestenrat vereinbart, den Gouverneuren den Standpunkt des Parlamentarischen Rates zu den Problemen des Besatzungsstatuts in Thesenform mitzuteilen. Ein entsprechender Beschluss wurde im Hauptausschuss gefasst und anschliessend den Gouverneuren übermittelt. Die Besprechungen im Ältestenrat über die Zusammenkunft mit den Militärgouverneuren haben sich in der Folgezeit völlig auf das Problem des Besatzungsstatuts vorlagert. Zumindestens jene Mitglieder des Ältestenrates, die der SPD, der FDP und dem Zentrum angehören, waren nach den verschiedenen Besprechungen der Meinung geworden, dass die Unterredung mit den Generalen wesentlich der Entgegennahme einer Erklärung über die Grundprinzipien des Besatzungsstatuts dienen sollte, und dass man im übrigen sich damit begnügen sollte, den Generalen auf evtl. Fragen nach der Bedeutung der bisherigen Beschlüsse des Hauptausschusses Rede und Antwort zu stehen. Dies ist auch der Grund dafür gewesen, dass niemand Veranlassung nahm, für die Besprechung in Frankfurt eine Tagesordnung vorzuschlagen, was ja hätte geschehen müssen, wenn an die Generale Fragen gestellt werden sollten. Das ist auch der Grund dafür gewesen, dass kein Mitglied der Delegation Veranlassung genommen hat, Herrn Dr. Adenauer zu fragen, was er den Militärgouverneuren gegenüber für Erklärungen abzugeben gedenke.

Umso grösser war das Erstaunen der Delegierten der SPD und FDP, als Herr Dr. Adenauer von sich aus Fragen anschnitt, die, wie jeder Mann wusste, zwischen Mehrheit und Minderheit des Parlamentarischen Rates kontrovers geblieben sind und von denen allgemein bekannt ist, dass zumindest ein Teil der Besatzungsmächte eher den Standpunkt seiner Partei zeigt, als den der Mehrheit des Parlamentarischen Rates. Dr. Adenauer sagt, er habe nicht Entscheidungen, son-

dem lediglich präzise Interpretationen der recht abstrakten Formulierungen der bisher überreichten Dokumente erbeten. Ist aber die authentische Interpretation, die jener gibt, dem das Recht der Genehmigung oder Verwerfung zusteht, nicht schlechthin eine Entscheidung in der Sache? Kann noch einer solchen authentischen Interpretation, durch die der Standpunkt einer Gruppe der Abgeordneten des Parlamentarischen Rates als der den Militärregierungen genehme erscheint, noch davon die Rede sein, dass dieses Parlament seine Entscheidungen in eigener Verantwortung treffen kann? Wenn nur eine verbindliche Auslegung gewollt wurde, warum dann die Erklärung, dass man durch die Militärgouverneure über den Standpunkt der Besatzungsmächte in der Finanzfrage Klarheit schaffen wolle? Weiter: riskiert man mit solchen Fragen nicht, dass sich die Besatzungsmächte durch die Festlegung in einer Sache der Möglichkeit begaben, aufgrund einer Gesamtbeurteilung des Grundgesetzes doch noch zu der Ansicht zu kommen, dass (trotz des Abweichens gewisser Beschlüsse des Parlamentarischen Rates von ihren eigenen Vorstellungen) das Grundgesetz als Ganzes doch nicht föderalistisch genug ist? Und zwingt man nun nicht die Mehrheit, sich entweder zu fügen - über die "Interpretationen" der Militärgouverneure sich dem Willen der Minderheit zu fügen - oder das Odium auf sich zu nehmen, das Veto der Militärregierungen "aus reinem Doktrinarismus" geradezu provoziert zu haben und also Schuld daran zu sein, dass in Deutschland keine Regierung gebildet werden könne?

Es bleibe hier völlig dahingestellt, welche Motive Dr. Adenauer geleitet haben mögen; die Lage, die er durch seine Anfragen geschaffen hat, ist nun da.

Und wenn er auch am nächsten Tage durch seine zweite Erklärung vor den Militärgouverneuren dargetan hat, dass es ihm nicht auf Entscheidungen, sondern nur auf Auslegungen angekommen sei - es bleibt stehen, dass die von den Besatzungsmächten gegebenen authentischen Interpretationen nichts anderes als Sachentscheidungen sind. Herr Dr. Höpker-Schöff von der FDP hatte hierüber keine andere Meinung als die Delegierten der SPD.

Wenn die SPD sich gegen dieses Verfahren gewandt hat, so nicht, um eine Verleumdungskampagne gegen Dr. Adenauer zu führen, sondern um klar zum Ausdruck zu bringen, dass sie nicht mit einem Vorgehen einverstanden ist, das dazu führen muss, dass der schwache Zaun, der die Autonomie des Parlamentarischen Rates schützt, lattenweise abgerissen wird. Herr Dr. Adenauer hält jene, die dies verhindern wollen, für Hasardeure. Damit irrt er und er führt in die Irre. Man ist nicht schon deswegen Hasardeur, weil man nicht bereit ist, auf Methode zu verzichten.

Es berührt seltsam, dass just der Mann, der nach Bekanntwerden der Londoner Empfehlungen im Landtag von Nordrhein-Westfalen alle Register des nationalistischen Ressentiments gezogen hat und von der Unterwerfung Deutschlands unter ein Kolonialstatut sprach, heute behauptet, die SPD, die ihm hierbei seinerzeit die Gefolgschaft verweigert hat, habe diesen Streit vom Zaun gerissen, um im nächsten Wahlkampf die nationalistischen Instinkte aufzuspüren zu können. Mit dieser Annahme irrt Herr Dr. Adenauer wiederum. Selbstachtung ist nicht Nationalismus. Wo aber die Demokraten sich nicht zu Hütern der Selbstachtung eines Volkes machen, besteht die Gefahr, dass die Nationalisten auf den beiden Flügeln mit dem verletzten Selbstgefühl Schindluder treiben.

spd teilt mit

Blatt - 3 -

22.12.1948

PA und PV am 22. Januar in Dortmund

sp. Die nächste gemeinsame Sitzung des Parteivorstandes und des Parteausschusses der SPD wird am 22. Januar in Dortmund stattfinden.

Im Mittelpunkt der Tagesordnung werden der Entwurf des Grundgesetzes, so wie er dann vorliegen wird, und eine grundsätzliche Stellungnahme zu den im Jahre 1949 vermutlich notwendig werdenden politischen Entscheidungen stehen, soweit sie sich dann schon abzeichnen. Zu dieser Sitzung werden auch die Mitglieder der Kontrollkommission, der Vorstand der Fraktion des Parlamentarischen Rates und die sozialdemokratischen Ministerpräsidenten eingeladen werden.

Die Kommission zur Vorbereitung des Wahlprogramms wird zum ersten Mal am 9. Januar unter dem Vorsitz von Dr. Kurt Schumacher in dessen Wohnung zusammentreten.

Am 10. Januar ist eine Tagung des außenpolitischen Ausschusses der SPD vorgesehen.

Gerüchte um Friedrich Ebert

sp. In diesen Tagen tauchte verschiedentlich das Gerücht auf, daß der kürzlich auf Veranlassung der Russen ernannte "Bürgermeister" Ostberlins, Friedrich Ebert, nach Westdeutschland geflüchtet sei. In Kreisen des Parteivorstandes der SPD ist davon nichts bekannt. Gut informierte Stellen in Berlin haben dieses Gerücht dementiert. Sehr bezeichnend ist allerdings die Reaktion auf Recherchen gewesen, die im Kreise der politischen Freunde Friedrich Eberts angestellt wurden: dort ist man recht kleinlaut gewesen und hat sich in sehr gewundenen Worten geäußert. Offenbar ist man in diesen Kreisen der Person Friedrich Eberts durchaus nicht sicher.

Tatsächlich hat es vor einiger Zeit Gespräche Friedrich Eberts in Süddeutschland gegeben, die sich recht zwanglos in dieser Richtung auslegen lassen. Eine andere Sache ist es freilich, ob Ebert heute überhaupt noch die praktische Möglichkeit hat, auszusteiern. Jetzt bereits ist er nicht mehr in der Lage, sich aus eigenem Entschluß in einen der drei Westsektoren Berlins zu begeben.

In diesem Zusammenhang ist es vielleicht nützlich, darauf hinzuweisen, daß in Cottbus vor etwa 14 Tagen eine Reihe von Verhaftungen vorgenommen worden sind, unter denen sich auch einige näher Bekannte Friedrich Eberts befanden.